

## **Infoperu No 17**

### **Der monatliche Rundbrief der Informationsstelle Peru e.V.**

21. Dezember 2012

1. Editorial und Jahresrückblick Peru
2. Jahresrückblick 2012 der Infostelle Peru
3. Jagd nach Rohstoffen – Kampf um Absatzmärkte: Die wirtschaftlichen Interessen Europas in Peru
4. Darf AIDSESP Geld von einer Erdölfirma nehmen ?
5. Schutz vor Narkos und Terroristen oder Selbstverteidigung ? Dramatischer Aufruf aus dem zentralen Regenwald Perus
6. Pralinen aus Peru im Tausch gegen Bildung – eine Initiative von weltwärts-Freiwilligen
7. Veranstaltungshinweise

#### **1. Editorial und Jahresrückblick Peru**

Liebe Leserin, lieber Leser des Infoperu,

In jedem Jahr wird am 10. Dezember der von der UN deklarierte Internationale Tag der Menschenrechte begangen. Aber, wie Rocio Silva – Santisteban von der CNDDH betont, war das Jahr 2012 kein gutes Jahr für die Menschenrechte in Peru. Vor allem die Kriminalisierung von sozialen Protesten ist in diesem zweiten Jahr der Regierung Humala konkreter geworden: Armeesoldaten sind inzwischen berechtigt, in sozialen Konflikten einzugreifen, Polizisten sind nun z.B. berechtigt, Tote nach gewaltsamen Konflikten zu entfernen ohne Einschaltung der Staatsanwaltschaft, und sie dürfen mit tödlichen Waffen eingreifen, wenn „Freiheit“ beeinträchtigt sei (z.B. bei Straßensperrungen). Unzählige AnführerInnen der sozialen Bewegungen wurden mit juristischen Anklagen überschüttet und somit drastisch in ihrem bürgerlichen Leben beeinträchtigt. Persönlichkeiten wie der immer dialogbereite Bürgermeister von Espinar, Oscar Mollohuanca, wurde willkürlich festgenommen, in Cajamarca wurde der für den Widerstand gegen das Bergbauprojekt Conga einstehende Marco Arana brutal von der Polizei physisch angegriffen. Und Rocio Silva Santisteban fordert uns auf, auch der Opfer zu gedenken, die im Laufe diesen Jahres starben, weil sie das verteidigten, was sie als Gerechtigkeit verstanden: Es waren dies Carlos Lanci Yumbato, Julio César Ticona Medina, Francisco Areque Jipa, Felipe Guevara García, Cristian Alvarado Frías, Carlos Alberto Ramos Carmen, Robert Castillo Páucar, Rudecindo Manuelo Puma, Walter Sencia Ancca, Paulino García Rojas, José Faustino Silva Sánchez, César Medina Aguilar, Joselito Vásquez Jambo und Antonio Joselito Sánchez Huamán. Wegen ihnen und aus vielen anderen Gründen war das scheidende Jahr schrecklich für die Menschenrechte in Peru.

Wir in von der ISP-Gruppe in Berlin veranstalten jedes Jahr auch eine kleine öffentliche Gedenkveranstaltung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Peru. Mit Kerzen, peruanischer Gitarrenmusik und Verlesen von Gedenktexen haben wir auch in diesem Jahr

zum Ausdruck bringen wollen: Soziale Konflikte dürfen nicht mit Gewalt ausgetragen werden, sondern es muss eine Kultur des Dialogs und der politischen Debatte gefördert werden, die auf Toleranz und der Garantie des Rechts setzt!-

Eine lateinamerikanische Studie, die von USAID mitfinanziert wurde, macht bezüglich der politischen Kultur Perus erschreckende Zahlen deutlich: In einer Skala von 1 bis 100 steht Peru mit 46,7 Punkten an höchster Stelle am Anteil der Bevölkerung, die einen Militärputsch begrüßen würde. Vor allem junge Leute haben kein positives Bild vom demokratischen System. Auch in der Skala der politischen Toleranz ist Peru seit 2006 weit gesunken und liegt heute bei 43,8. - Allerdings werden in der Studie auch etwas positivere Werte vermeldet: Die soziale Ungleichheit und die Armutsrate ist leicht gesunken, und das Vertrauen zwischen den BürgerInnen hat zugenommen.

### **Freihandelsabkommen EU - Peru und Kolumbien**

Das Europaparlament in Straßburg hat nun erwartungsgemäß dem umstrittenen EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru zugestimmt. Eine Mehrheit aus Christ- und Sozialdemokraten sowie Liberalen gab am 11. Dezember grünes Licht für den Vertrag. Nicht nur Gewerkschafter und Menschenrechtler hatten die Pläne scharf kritisiert. Das Abkommen sieht einen weitreichenden Abbau von Zollschranken und die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte vor: Europäische Firmen können sich auch häufiger um lukrative Regierungsaufträge bewerben. Die lateinamerikanischen Länder dürfen zwar künftig verstärkt Produkte wie Obst, Krabben und Kaffee nach Europa exportieren, den Europäern eröffnen sich neue Geschäftsmöglichkeiten im Bereich Industriegüter, Telekommunikation und Verkehrswesen.

.Auch eine erst kürzlich vorgelegte Studie der niederländischen NGO SOMO, wonach das Freihandelsabkommen der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche durch Drogenkartelle Auftrieb geben könnte, konnte das Abstimmungsergebnis nicht ändern. Die Studie weist darauf hin, dass keinerlei Schutzmechanismen vorgesehen seien, um Steuerhinterziehung und Schwarzgeldströme zu überwachen. Generell schränke das Abkommen die Kontrollmöglichkeiten von Parlamenten und Aufsichtsbehörden über den Finanzsektor stark ein. - Insgesamt erhoffen sich europäische Exporteure aus dem Abkommen Zolleinsparungen von 270 Millionen Euro jährlich.

Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ihn alle beteiligten Länder ratifiziert haben. – Die ISP hat sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiv dafür eingesetzt, die Annahme des Abkommens abzulehnen. Jetzt bleibt nur noch die Überzeugungsarbeit gegenüber den nationalen Parlamenten!

Dies ist das letzte InfoPeru im Jahr 2012. Obwohl unsere Berichte nicht immer positive Neuigkeiten und Zustände darstellten, hoffen wir, dass Sie / Ihr uns als LeserInnen auch im kommenden Jahr treu bleiben und wir weiterhin solidarisch für eine gerechte und nachhaltige Zukunft in Peru und auch hier eintreten!

Mechthild Ebeling

(Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V.)

## 2. Jahresrückblick 2012 der Informationsstelle Peru e.V.

Im Jahr 2012 beschäftigten die Informationsstelle Peru vor allem die Themen Bergbau, soziale Inklusion sowie das Freihandelsabkommen. Ein Höhepunkt des Jahres war für unsere Informationsstelle wieder das **Seminar vom 20. – 22. April 2012 in Köln, Thema „Peru heute: Spaltung und Ausschluss – Wege zu Inklusion, Beteiligung und Teilhabe“**.

Über die wirtschaftliche und soziale Lage der peruanischen Bevölkerung referierten am Freitagabend Mechthild Ebeling und Heinz Schulze. Das Wirtschaftswachstum des Landes kam nicht allen Menschen zugute, der Lebensstandard und der Zugang zur Basisversorgung – Ernährung, Gesundheit, Bildung- ist sehr ungleich. In einigen ländlichen Regionen hat sich die Situation verschlechtert. Die Beteiligung der indigenen Bevölkerung an Entscheidungen z. B. über Minen- und Infrastruktur-Projekte ist nicht gewährleistet.

Sergio Huamani Hilario von der Frente Unico de Defensa de los Intereses de Espinar (FUDIE) berichtete über die ökologischen und sozialen Folgen der Mine Tintaya der Schweizer Firma Xstrata für Espinar und die Region: die Zerstörung der Landschaft, die Vergiftung des Wassers und die Geburt missgebildeter Tiere,. Das treibt die Bevölkerung dazu, sich gegen die Mine zu wehren.

Die Bevölkerung wurde an der Entscheidung über dieses Projekt nicht beteiligt. Darüber informierte Ruth Luque Ibarra von der Vicaria de la Solidaridad von Sicuani. Die meisten sozialen Konflikte in Peru haben mit der rücksichtslosen Ausbeutung der Bodenschätze durch die Minengesellschaften zu tun. Die durch internationales und nationales Recht garantierte vorherige Befragung der indigenen und Bauern-Gemeinschaften wird auch von der neuen Regierung nicht durchgeführt.

Über den Einfluss unserer Wirtschaftspolitik und Lebensweise auf diese Situation referierte Jimi Merk. Er nannte Beispiele deutscher Entwicklungs- und Handelspolitik und unseres Konsum-Verhaltens, durch die soziale Ungleichheit und Ausschluss der armen Bevölkerung gefördert wurden.

In Arbeitsgruppen wurde auf Alternativen und mögliche Veränderungen in den Bereichen Bergbau, Demokratisierung, ländliche Armut und die Situation des amazonischen Regenwaldes eingegangen. Die Gruppen formulierten Ansatzpunkte und Alternativen, die am Sonntagmorgen vorgestellt wurden.

In der Abschlussrunde wurde über Planungen der Informationsstelle Peru und der Peru-Gruppen informiert und Absprachen zu gemeinsamen Projekten und Kooperation getroffen.

Natürlich war auch der **Besuch von Präsident Humala im Juni in Deutschland und Berlin** ein Höhepunkt für alle Peruengagierten. Dass auch für die deutsche Regierung Peru inzwischen als Rohstofflieferant inzwischen sehr wichtig ist, zeigt die Tatsache, dass die Merkel-Regierung eine spezielle „Rohstoffpartnerschaft“ anstrebt und die Industrie- und Handelskammer einen großen Empfang für den Präsidenten ausrichtet. Leider wurden die

vor dem Gebäude Demonstrierenden, die lautstark für eine gesunde Umwelt und gegen den Einsatz von militärischer Gewalt bei Protesten vor allem in der Region Cajamarca eintraten, von den VertreterInnen der Politik und Wirtschaft sowie der Presse wenig wahrgenommen. -

Dennoch bleibt das Rohstoffthema und die dadurch entstehenden Konflikte aktuell: Auf einem Seminar in der Katholischen Akademie zu Rohstoffen aus Lateinamerika wird klar gestellt: Es gibt Fakten, die niemals verhandelbar sein dürfen, wie z.B. das Recht auf Wasser. Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen über Großprojekte müssen auch durch die internationale Lobbyarbeit „von unten“ erkämpft werden. –

Auch in einer Diskussionsveranstaltung mit den **peruanischen Menschenrechtsvertretern Ernesto de la Jara und David Lovatón** von der peruanischen Menschenrechtsorganisation IDL sowie mit **César Ascorra, dem Leiter der Caritas Madre de Dios**, wurde uns klar, dass die auf deutscher Seite oft angesprochene „Selbstregulierung“ der internationalen Großfirmen etwa im Bergbau nicht greift. Effektive Kontrollmechanismen gerade im Umweltbereich sind dringend erforderlich. Das in Peru ratifizierte Gesetz der «Consulta Previa», der vorherigen Konsultation betroffener indigener Gemeinden bei Investitions- und Infrastrukturprojekten, hat bisher in keinsten Weise dazu beigetragen, Konflikte um die boomende Extraktivwirtschaft in friedlicher Weise zu bearbeiten. Die Kriminalisierung der ökologischen sowie auch der indigenen Bewegungen hat zugenommen, der sog. „Investitionsschutz“ wird oft über den Schutz der Menschenrechte gestellt.

Eine Aufgabe der ISP muss verstärkt sein, die Entwicklung der Rohstoffpartnerschaften Deutschlands auch mit Peru zu monitorieren. -

Zum ersten Mal in diesem Jahr fand in Berlin ein **Treffen der europäischen zivilgesellschaftlichen Plattform Peru (PEP)** statt. Auch bei diesem Treffen. Die peruanischen Vertreter der NGO FEDEPAZ stellten klar ihre Forderung nach einem Moratorium für Bergbau-Konzessionen, so lange es keinen mit Bürgerbeteiligung erstellten „Plan de Ordenamiento Territorial“ gibt. Sie schlagen vor, eine parlamentarische Kommission der EU anzuregen, die die Konfliktzonen Perus in Augenschein nimmt und Einfluss auf die peruanische Regierung geltend macht. Die PEP-VertreterInnen beschließen, in ihren Ländern gezielt Presse- und Informationsarbeit gegenüber den nationalen und EU-Abgeordneten zu den Konfliktsituation Perus vor allem in den Regionen des Bergbaus zu machen.

Die ISP hat bereits seit Anfang 2011 zu verschiedenen **Brief- und Mail-Aktionen gegen das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru** aufgerufen.

Nach unserer Einschätzung und der unserer Partnerorganisationen in Peru forciert das vorliegende Abkommen den rücksichtslosen Rohstoffbau in Kolumbien und Peru und verschärft die sozialen und ökologischen Konflikte. Es schreibt die Rolle dieser Länder als Rohstoff-Lieferanten fest und behindert ihre (zukünftige) Entwicklung. Die befürchtete Verletzung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards wird durch die – auf Anforderung einiger Abgeordneter – erstellten unverbindlichen Maßnahmen-Kataloge der Regierungen Kolumbiens und Perus nicht verhindert.

Erstaunt und verärgert haben wir feststellen müssen, dass in den Antworten der Abgeordneten meist kein Bezug zu unserer Kritik festzustellen war. Wir hatten mit einer

Ausweitung des Rohstoffabbaus argumentiert – die sozialdemokratischen Abgeordneten erläuterten in ihren Antworten ihre Befürchtungen hinsichtlich der Situation der Menschenrechte in Kolumbien.

Wir haben die EU-Abgeordneten noch kurz vor der Abstimmung im Plenum des Europa-Parlaments über die Ratifizierung des Vertrags aufgefordert, sich für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt, nicht für Profit und zerstörerisches Wachstum zu entscheiden. Sie sollen sich für gerechten Handel und gleiche Beziehungen der EU zu den Ländern des Südens einsetzen und die Ratifizierung des Abkommens ablehnen.

Am Dienstag, 11.12., ist das Freihandelsabkommen vom Europa-Parlament ratifiziert worden.

Es gab 486 Ja-, 147 Nein-Stimmen und 41 Enthaltungen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten (nur eine Gegenstimme und acht Enthaltungen) begründeten ihre Zustimmung damit, dass Kolumbien und Peru „umfangreiche Maßnahmenkataloge zur Sicherung von Menschenrechten sowie internationaler Arbeits- und Umweltstandards präsentiert“ haben. Dass diese Selbst-Verpflichtungen nicht Teil des Abkommens und damit auch unverbindlich sind, weil keine (Handels-)Sanktionen bei Verletzungen drohen, scheint den Abgeordneten offenbar unwichtig.

Das Abkommen muss nun zur Ratifizierung in alle nationalen Parlamente der EU – wir werden unsere Kampagne gegen die Ratifizierung im Bundestag Anfang des nächsten Jahres mit unseren Bündnispartnern (darunter Misereor, Adveniat und viele NGOs) vorbereiten.

*Mechthild Ebeling/Jimi Merk*

### **3. Jagd nach Rohstoffen – Kampf um Absatzmärkte Die wirtschaftlichen Interessen Europas in Peru**

Diese Geschichte beginnt mit der Kolonialzeit. Spaniens Krone brauchte nach dem teuren Feldzug gegen die Mauren zur Wiedereroberung Spaniens Geld. Die koloniale Eroberung Lateinamerikas diente der Suche nach Gold und anderen Bodenschätzen, an deren Inbesitznahme und Ausbeutung sich die spanische Krone bereicherte. Rohstoffe und Reichtum für Europa bedeuteten Zwangsarbeit und Plünderung der natürlichen Reichtümer für Lateinamerika.

Die Rolle Perus und anderer Länder Lateinamerikas als Rohstofflieferant(en) blieb auch nach der politischen Unabhängigkeit bestehen. Die spanischstämmige Oberschicht profitierte von diesem Wirtschaftssystem, viele waren Land- oder Minenbesitzer. Durch den Export konnten (Luxus-) Produkte aus Europa und Nordamerika importiert werden.

Durch die industrielle Entwicklung und die schnelleren Transportmöglichkeiten kamen neue Exportprodukte hinzu. Maßgeblich für Investitionen und Export war und ist bis heute die Nachfrage auf dem Weltmarkt.

Peru und viele andere Länder des Südens exportieren immer noch überwiegend mineralische und agrarische Rohstoffe. Preise und Handelsbedingungen für diese Rohstoffe sind entscheidend für ihre Steuer- und Deviseneinnahmen. Mit den Deviseneinnahmen bezahlen sie den Import von industriellen Anlagen, Technik, Medikamenten, Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern sowie den Schuldendienst für die Kredite der Regierungen und Banken des Nordens. Ihre Bedeutung als Absatzmärkte für die Produkte aus dem Norden hat zugenommen.

Perus Exporte bestehen heute zu 60% aus Mineralien, dazu kommen ca. 10% Öl- und Ölprodukte.

### **Industrie in Deutschland und der EU : abhängig von Rohstoffen für ihre Produktion und Märkten für ihre Produkte**

Die Rohstoffvorkommen in Europa reichen zur Versorgung der Industrie nicht aus, Europas Industrie ist existenziell auf Rohstoff-Importe angewiesen. Bei Antimon, Kobalt, Molybdän, Platin, Seltenen Erden und Titan müssen 100% der Erze importiert werden, bei Mangan 90%, bei Eisen, Bauxit und Zinn über 80%, bei Kupfer knapp 50%.

Infolge des geringen Weltwirtschaftswachstums in den 90er Jahren war die Rohstoffnachfrage abgeschwächt und die Preise niedrig, es wurde wenig im Bergbaubereich investiert. Mit der Zunahme der globalen industriellen Produktion stieg die Nachfrage nach den meisten mineralischen Rohstoffen.: Seit 2002 ist die Rohstoff-Nachfrage größer als das Angebot. In den Jahren 2002 bis 2006 stieg der Preis für Nickel um 350 %, für Kupfer um 400 %

Durch diese Entwicklung rückte die Rohstoffsicherung für die deutsche Wirtschaft in den Mittelpunkt, auch die deutsche und europäische Politik machte sich Sorgen um die ausreichende Versorgung der Industrie mit Rohstoffen.

### **Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung**

Im März 2005 trafen sich die Bundesregierung und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zum ersten „Rohstoffgipfel“. Im März 2007 meinte dann der BDI, zur Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung sei „eine enge, strategische Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft nötig“.

Im gleichen Jahr kündigte Bundeskanzlerin Merkel eine „neue Rohstoffstrategie“ an und sagte der Industrie ihre Unterstützung zu. Es wurde ein „interministerieller Rohstoffausschuss“ gebildet, dem Vertreter der Ministerien für Wirtschaft, Auswärtiges, Finanzen, Entwicklungshilfe, Landwirtschaft und Verbraucher sowie Umwelt angehörten.

Die Regierung bot der Industrie bei Investitionen zur Rohstoffgewinnung Garantien zur Absicherung von Risiken an und stellte dafür 17 Milliarden Euro bereit.

Sie kündigte die Bekämpfung von Handelsbeschränkungen rohstoffexportierender Länder an. Darunter fallen unter anderem Exportzölle oder Importvergünstigungen zugunsten einheimischer Industrien dieser Länder.

Auch die Entwicklungspolitik sollte ihren Beitrag dazu leisten, es sollten „Rohstoffpolitische Ansätze in der Entwicklungspolitik“ formuliert und umgesetzt werden.

### **Die Rohstoffinitiative der EU**

Auch die EU startete **2008 eine „Rohstoffinitiative“**. Der Hintergrund dafür ist die Importabhängigkeit der EU-Länder bei strategisch wichtigen Rohstoffen (s. o.). Die europäische Industrie hat „Zugangsprobleme“ zu diesen Rohstoffen z.B. durch Ausfuhrsteuern, Subventionen und restriktive Investitionsregeln der Rohstoffländer und beklagt diese als „Wettbewerbsverzerrung“

Die EU anerkennt einerseits, dass solche Ausfuhrbeschränkungen Teil einer Entwicklungsstrategie sein können, weil die Rohstoffländer dadurch mehr Steuereinnahmen haben und Vorteile für ihre eigene Industrie erreichen können.

Sie fordert dennoch, dass der „Zugang zu Rohstoffen zu gleichen Bedingungen für alle Unternehmen und Länder“ hergestellt werden muss. Deshalb fordert sie ihre Mitgliedsländer auf, ihre Entwicklungshilfe auch auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auszurichten.

Der EU-Handelskommissar verkündete 2008: „Das Ziel der EU-Handelspolitik ist ... ein offener globaler Markt, vollkommen frei von allen Verzerrungen im Energie- und Rohstoffhandel“.

Seit 2003 hatte die europäische Metallindustrie Lobbyarbeit zu diesem Thema in Brüssel gemacht und dadurch großen Einfluss auf die Gestaltung der EU-Rohstoffinitiative ausgeübt.

Die wichtigsten Einwände gegen diese Rohstoffpolitik sind:

1. Sie untergräbt die Bestrebungen zur industriellen Entwicklung in den Ländern des Südens
2. Sie erhöht die Abhängigkeit dieser Länder vom Rohstoffexport.
3. Sie verschärft die bestehenden Sozial- und Umweltkonflikte durch den Rohstoffabbau in diesen Ländern.
4. Sie erhöht die Abhängigkeit der EU-Länder vom Rohstoffimport.

Der EU und ihren Mitgliedsländern scheinen diese Bedenken unerheblich. So wird die bereits in den letzten Jahrzehnten eingetretene Entwicklung verschärft. 2010 wurden ca. 50% mehr natürliche Ressourcen gefördert als noch 1980 – mit den bekannten sozialen und ökologischen Folgen.

Bereits 2006 wurde die **EU-Strategie „Global Europe“** auf den Weg gebracht. Die EU wollte weg von multilateralen Handels- und hin zu neuen bilateralen Freihandelsabkommen. Sie sollten über die bestehenden WTO-Abkommen hinausgehen und könnten „den Weg für die nächste Stufe der multilateralen Liberalisierung ebnen“. Die bereits bestehenden, für die Länder des Südens nachteiligen WTO-Bedingungen sollten also weiter zugunsten der reichen Länder verändert werden.

Wichtige Ziele bzw. Elemente der neuen bilateralen Abkommen sollten die Beseitigung der Zugangsbeschränkungen für Rohstoffe, die Liberalisierung bei Dienstleistungen und Investitionen und der verstärkte Schutz geistiger Eigentumsrechte (Patente internationaler Firmen, z.B. im Pharmabereich) sein.

### **Freihandelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften als Instrumente der Rohstoffpolitik**

Die EU will ihre Rohstoffpolitik u. a. durch Freihandelsabkommen wie das in Kürze zur Ratifizierung anstehende mit Kolumbien und Peru durchsetzen. In diesen Abkommen werden die Rechte der Investoren abgesichert, menschenrechtliche sowie Umwelt- oder Sozialstandards werden dagegen nicht verbindlich geregelt. Auf Grundlage des Freihandelsabkommens der USA mit Peru versucht gerade die Firma Doe Run, Besitzerin der Metallschmelze in La Oroya, Schadensersatzansprüche in Höhe von 800 Milliarden US-Dollar gegen Peru vor dem Schiedsgericht der Weltbank durchzusetzen, weil Peru die Firma zur Einhaltung nationaler Umweltvorschriften als Voraussetzung der Wiedereröffnung der Hütte verpflichtet hat. (siehe Artikel in InfoPeru....).

Durch diese Abkommen sollen auch die Absatzmärkte für europäische Produkte erweitert werden, entsprechende Beschränkungen wie Einfuhr-Schutzzölle sollen beseitigt werden. Auch hier gibt es Produkte, bei denen einheimische Produzenten in Lateinamerika durch diesen Freihandel Nachteile erleiden. So werden subventionierte Milchprodukte aus der EU ohne Beschränkung auf die dortigen Märkte gelangen, gegen die einheimische Milchbauern keine Konkurrenz-Chance haben.

Die Bundesregierung versucht gleichzeitig, durch „Rohstoffpartnerschaften“ mit verschiedenen Ländern, die Rohstoffversorgung für die deutschen Unternehmen zu sichern. So wurde 2011 eine Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei und 2012 mit Kasachstan vereinbart. Weitere für eine solche Partnerschaft vorgesehene Länder sind verschiedene Länder Zentralasiens, außerdem Sambia, Angola, Namibia, Südafrika, Bolivien und Peru.

*Jimi Merk*

#### **4. Darf Aidesep Geld von einer Erdölfirma annehmen ?**

Die brasilianische Erdölfirma Petrobras will im peruanischen Regenwald Erdöl fördern. Dabei befürchtet sie – sicher zu Recht – Proteste seitens der betroffenen indigenen Bevölkerung. Die peruanische Dachorganisation indigener Völker AIDSESEP benötigt andererseits für viele wichtige Vorhaben Geld.

Am 11.7.12 haben der aktuelle Präsident von AIDSESEP, Alberto Pizango Chota, und der Direktor von Petrobras in Peru, Pedro M. Grijallea Vásquez, einen Vertrag in Höhe von ca. 77.000 Dollar unterzeichnet. Dabei verpflichtet sich AIDSESEP, zu einem „harmonischen Verhältnis“ zwischen den von der Erdölförderung betroffenen indigenen Dorfgemeinschaften und der Erdölfirma Petrobras beizutragen.



Petrobras ist weltweit in 26 Ländern in den Bereichen Erdöl, Erdgas und Agrotreibstoffen aktiv. Sie ist das fünftgrößte Energie-Unternehmen weltweit und seit 1996 auch in Peru tätig, in den Regionen Marañon, Huallaga, Madre de Dios und Cusco..

Besonders bedenklich sehen Umweltschützer, dass Petrobras von der peruanischen Regierung das Gebiet „Lote 58“ als Konzession bekommen hat, das in der Provinz Concepción (Region Cusco) liegt und nahe an drei offiziellen Schutzgebieten / Nationalparks wie Manu und dem Santuario Megantoni liegt.

AIDSESEP hat bisher intensiv gegen Umwelt zerstörende Aktivitäten seitens der extraktiven Industrie gekämpft. Die deklarierten Ziele von AIDSESEP sind: Verteidigung des Lebens, Verteidigung des indigenen Territoriums, der natürlichen Ressourcen, Kultur und Menschenrechte. Dafür hat AIDSESEP z.B. 1986 den Alternativen Friedensnobelpreis bekommen.

Jetzt ist die Sorge groß, dass mit der Geldannahme durch einen Erdölkonzern die Autonomie gegenüber privaten wirtschaftlichen Interessen verloren geht.

Alberto Pizango verteidigt seine Vertragsunterzeichnung mit der Notwendigkeit, Geld zu brauchen für die vielen Aufgaben und Projekte, die AIDSESEP habe und wofür die Zuschüsse von internationalen Organisationen nicht ausreichen.

Die Kritik ist außerordentlich heftig, geht ein solches Verhalten doch an die Grundpfeiler der Philosophie der indigenen Dachorganisation:

AIDSESEP hatte bisher die andere große Organisation im Regenwald, CONAP, als Sprachrohr indigener Dorfgemeinschaften immer dahingehend kritisiert, dass diese Geld von Unternehmen angenommen habe. Diese Kritik muss AIDSESEP jetzt selbst erwarten.

Es wird nun gefragt, ob die indigenen Basisorganisationen von diesem Deal gewusst haben, also vorab gefragt worden sind. Das ist wohl nicht der Fall. Und so ist die Kritik aus den Reihen der sozialen Basis von Alberto Pizango, dem Volk der Shawi mit mehr als 100 indigenen Siedlungen im Alto Amazonas, Region Loreto, sehr heftig. „Das ist Verrat an den indigenen Völkern und ein großer Fehler von Pizango. Keine Basisorganisation bei uns im Distrikt oder in der Region wurde dazu informiert oder gefragt“, so Alfredo Torres Rucuba, Shawi und Bürgermeister im Distrikt Balsapuerto, Alto Amazonas am 20.11.12. Auch hier gibt es Versammlungen von Verantwortlichen indigener Organisationen, die u.a. deshalb einen außerordentlichen Kongress von AIDSESEP fordern.

Die große Sorge ist auch: Wenn AIDSESEP ein solch wichtiges Projekt mit einem Erdölkonzern nicht mit der eigenen Basis vorab diskutiert und zu einer Übereinkunft kommt, wie will die Organisation dann gegenüber dem peruanischen Staat die „Vorab-Konsultation“ (die „Consulta previa“, gemäß der ILO-Konvention 169) mit der notwendigen Glaubwürdigkeit einfordern?

Im Juni 2012 war eine Delegation vom Arbeitskreis München-Asháninka in Peru und hatte ein längeres Gespräch mit Alberto Pizango im Büro von AIDSESEP. Dabei betonte dieser, wie

wichtig Autonomie und Unabhängigkeit für die indigene Bevölkerung sei, und dass dieses nur durch internationale Unterstützung ermöglicht würde. Natürlich haben die internationalen Hilfswerke von dem Deal mit Petrobras erfahren und es wird interessant sein, wie sie darauf in naher Zukunft reagieren.

*Heinz Schulze*

*Quellen: Servindi, Lima, 15.10, 19.10, 20.11. und eigene Aufzeichnungen*

## **5. Schutz vor Narkos und Terroristen oder Selbstverteidigung ?**

### **Dramatischer Aufruf aus dem zentralen Regenwald Perus**

Der peruanische Regenwald ist Schauplatz vielfältiger legaler, halblegaler und illegaler Aktivitäten. Die Indigenas sind hier bei sowohl Täter als auch Opfer. Besonders dramatisch ist das Eindringen der organisierten Drogenhändler, oft im Verbund mit bewaffneten Gruppen. In einem 5-seitigen offenen Brief an den peruanischen Präsidenten Humala machen die indigenen Organisationen der Asháninka, Ashéninka, Yanasha, Nomatsiguenga, Kakinte und Ynes aus dem zentralen Regenwald auf ihre dramatische Situation aufmerksam. Dieser Brief beklagt die nicht aufhörende Invasion durch Holzfällerunternehmen, Drogenmafia und Terrorismus in ihren Territorien. Die peruanische Politik, die Öffentlichkeit in Peru und im Ausland müsse den Ernst der Lage erkennen.

Die Unterzeichner beklagen die Untätigkeit und somit indirekte Billigung dieser Zustände durch staatliche Funktionäre aller zuständigen Ministerien, Gerichte und Polizei.

Der Aufruf weist auf das Verhältnis der indigenen Völker zu ihrem TERRITORIUM hin. Ohne die „Mutter Erde“ gäbe es kein Leben für sie. erinnert wird an die Politik des Ex-Präsidenten Alan Garcia, der 2009 durch Gesetze und Erlasse die Existenz der indigenen Bevölkerung gänzlich aufs Spiel setzte, nämlich durch den dramatischen Ausverkauf des Regenwaldes durch die massenhafte Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung von Erdöl, Holz, Erdgas und Agrotreibstoffen. Nur durch massive Proteste und Streiks im ganzen peruanischen Regenwald wurde dieser Prozess begrenzt. Leider brachten die daraufhin eingerichteten Runden Tische zur Verhinderung weiterer Regenwaldzerstörung keine Lösungen. Auch die mit dem Ex-Premier Valdez am 24.2.2012 in der Provinzstadt Satipo erzielten Übereinkünfte nicht, 41 vereinbarte konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation im zentralen Regenwald wurden, wurden – nachdem ein neuer Premierminister ins Amt kam – nicht umgesetzt.

Es gibt auch keinen Fortschritt bei der vom peruanischen Parlament beschlossenen Vorab-Konsultation (consulta previa – ILO-Konzession 169); die fehlende Ausstellung von offiziellen Landtiteln für die Dorfgemeinschaften ist weiterhin schleppend. Die Situation ist gravierend, weil die Invasion in das Land von Dorfgemeinschaften und Schutzgebieten inzwischen stark zunimmt.

Deshalb erklären die unterzeichnenden Organisationen, dass darüber nachgedacht wird, die „Ovyeris“, die indigenen Krieger, wieder zu aktivieren, als Selbstverteidigungs-Maßnahme.

## **Drogenmafia und Terrorismus**

Die VertreterInnen der indigenen Organisationen beklagen weiterhin, dass die Übergriffe von Drogen-Terroristen (*dabei handelt es sich zumeist um neustrukturierte Reste der Terrorgruppe Sendero Luminoso*) im Jahre 2012 stark zugenommen haben, was etliche Verletzte, Waisen und Tote gefordert hat. Das ruft wütende Erinnerungen an die schlimme Terrorzeit in den 80er- und 90er Jahren wach.

Bewaffnete Söldner dieser Drogenmafia weiten den Anbau von Koka-Pflanzungen aus und zwingen in der letzten Zeit auch indigene Dorfgemeinschaften an den Flüssen Pichis, Ende und Tambo mit Waffengewalt und Todesdrohungen, dabei mit zu machen.

Auch hier ist die Geduld der Verantwortlichen der indigenen Organisationen erschöpft. Nicht von ungefähr weisen sie darauf hin, dass die Ovyeris, das „Asháninka-Heer“ mithalf, die Horden von SL im zentralen Regenwald zu besiegen.

Die heutige „Drogenbekämpfung“ von Militär und Polizei wird als nicht effektiv kritisiert, u.a. auch deshalb, weil viel Korruption herrscht.

All dieses ist den politisch Verantwortlichen in diversen Gesprächen und bei Versammlungen immer wieder vorgetragen worden. Auf die mit dem Ex-Premier ausgehandelten Übereinkünfte wird hingewiesen: Da wurde vereinbart, dass es den indigenen Völkern gesetzlich zusteht, für die eigene Sicherheit zu sorgen – wenn das Überleben gefährdet ist. Dieser Schritt wird nun angekündigt. Auf die damals geäußerte Meinung des Ex-Premiers und Militärs Valdéz, dass die Drogenmafia bessere Waffen habe, wird erwidert, dass die indigenen Krieger dagegen den Regenwald viel besser kennen.

## **Eine kämpferische Geschichte**

Mit Stolz weisen die Autoren des Aufrufs auf die Geschichte des zentralen Regenwaldes hin, die geprägt ist von Aufständen und Widerstandsaktionen durch indigene Gruppen und Kämpfer: So fand schon 1674 unter dem Häuptling Mangoré ein Aufstand gegen die Missionsstationen in Pichana und Cerro de Sal statt, weil die Missionare die dort lebende Bevölkerung zur Zwangsarbeit verpflichtet hatten. Ähnliche Aufstände gab es 1724 und 1732. Der wichtigste fand unter der Führung von Juan Santos Atahualpa (1742-1747) statt. Hierbei wurden die Großgrundbesitzer („Hacendados“) im Tal von Chanchamayo und Huancabamba vertrieben. 1869 kamen Soldaten unter der Leitung von Coronel Pereya in den zentralen Regenwald und sie massakrierten Teile der indigenen Bevölkerung. Auch die europäischen Invasoren, die aus Deutschland und Österreich vor ca. 100 Jahren in den zentralen Regenwald kamen, besonders in das Gebiet von Chanchamayo, Villa Rica und Oxapampa, kamen nicht friedlich, sondern erhielten von der peruanischen Regierung moderne Waffen, um sich im fremden Gebiet an zu siedeln. Hiervon waren besonders die Yanasha betroffen. 1965 drangen Guerillakämpfer vom MIR (Linke Revolutionäre Bewegung) in den zentralen Regenwald ein. Das peruanische Militär bekämpfte sie mit Napalm, was besonders die indigene Bevölkerung traf.

Besonders gravierend waren dann die 80- und 90er Jahre, als der „Leuchtende Pfad“ (Sendero Luminoso SL) und die MRTA brutal die Region zu beherrschen suchten. In der Aufarbeitung dieser schlimmsten Zeit stellte die peruanische Wahrheits- und

Versöhnungskommission fest: Dieser interne Krieg forderte im Regenwald ca. 10.000 vertriebene Indigene, ca. 6.000 Tote und ca. 5.000 über lange Zeit in „Wehrdörfern“ von SL Gefangene.

Im Jahre 1989 fingen die Asháninka-Krieger an, aktiv gegen SL vor zu gehen, besonders im Gebiet des Tambo-Flusses. Nur deshalb konnten daraufhin die Terrorgruppen zurückgedrängt werden.

An all dieses erinnern die VertreterInnen der indigenen Organisationen, auch im Blick auf die geschilderten heutigen gravierenden Probleme mit dem Drogen-Terrorismus: die Landnahme und auch den Menschenhandel, d.h. Verschleppung von jungen Mädchen für die Prostitution der Drogen-Mafia-Angehörigen.

Ein tatenloses Zusehen sei nicht mehr tragbar, und wenn die zuständigen Stellen nicht in absehbarer Zeit für die Sicherheit sorgen würden, kündigen die unterzeichnenden indigenen Organisationen an: “Wir nehmen unsere Verteidigung wieder selbst in die Hand!”

Unterzeichnet im November 2012 von

Asociación Regional de Pueblos Indígenas Selva Central (ARPI SC),

Apatyawaka Nampitzi Asháninka Rio Pichis (ANAP),

Organización Indígena Regional atalaya (OIRA),

Federación de Comunidades Nativas Bajo Perene (FECONABAP),

Central de Comunidades Nativas Selva Central (CECONSEC),

Unión Asháninka Nomatsiguenga del Valle de Pangoa (KANUJA),

Organización Asháninka Rio Apurimac (OARA)

*Übersetzung und Zusammenfassung: Heinz Schulze*

Den Brief im spanischen Original finden Sie hier [http://servindi.org/pdf/carta\\_presidente.pdf](http://servindi.org/pdf/carta_presidente.pdf)

## **6. Pralinen aus Peru im Tausch gegen Bildung**

Ein Verein ehemaliger Freiwilliger importiert Chocotejas aus Peru und finanziert mit dem Erlös Bildungsprojekte und Initiativen junger Freiwilliger

Ohne seine Erfahrung als Freiwilliger an einer Waldorfschule in Peru wäre Tobias Vorgel wohl nie zum Schokoladenimporteuer geworden. 2006 kam der heute 27-jährige Musiker und Student der Politikwissenschaften bereits mit der Idee zurück, dass die süßen

Chocotejas als peruanische Pralinen auch deutschen Schleckermäulern gut schmecken würden. Aus der Idee wurde zuerst ein Verein ([www.suesse-hoffnung-ev.de](http://www.suesse-hoffnung-ev.de)) und schließlich eine Firma ([www.suesse-hoffnung.de](http://www.suesse-hoffnung.de)). Im Dezember 2012, 5 Jahre danach, war es endlich so weit. Tobias Vogel und seine meist studentischen Mitstreiter vom Verein „Suesse Hoffnung“ konnten nach zahlreichen kleineren Testlieferungen die ersten 700 Schachteln Chocotejas aus Peru in Empfang nehmen – speziell für den deutschen Markt zusammengestellt und beschriftet.

Der bürokratischen Hindernisse waren viele – angefangen von den Zollbestimmungen bis zu den Labortests für die Einfuhr von Nahrungsmitteln. Aber via Selbststudium und der einen oder anderen Warteschleife schafften die Vereinsmitglieder – allesamt Laien im internationalen Handel – auch diese Hindernisse.

Mit dem Erlös aus dem Verkauf der von Hand hergestellten Pralinen aus Bioschokolade unterstützt der Verein „Süße Hoffnung“ verschiedene Bildungsprojekte in Peru, so z. Bsp. den Bau einer Bäckerei in Ccollpa oder die Musikerziehung für benachteiligte Kinder in Lima. Das Besondere: der Verein fördert auch Initiativen junger weltwärts-Freiwilliger in Peru. Wenn einer einen Freiwilligendienst in Peru leistet und eine gute Idee hat, kann er sich für eine Anschubfinanzierung bewerben. Damit aus der Süßen Hoffnung viele Hoffnungsstrahlen werden.

Bestellungen unter <http://www.suesse-hoffnung.de/>

## 7. Veranstaltungen

\* Berlin - Pankow

13. November, 18 Uhr

**Ausstellungseröffnung: Amazonien – eine indianische Kulturlandschaft. Konzepte indigener Völker und Gegenwehr“.**

Ort: Rathaus Pankow, Breite Straße 24A-26, 13 187 Berlin (Tram M1, 50, div. Busse Rathaus Pankow)

Die Ausstellung ist bis 4.01.2013 während der Öffnungszeiten des Rathauses zu sehen

\*Freiburg

Samstag, 20. April 2013, 09 – 17 h, Katholische Akademie

**„Handeln global verantworten - Verantwortung erkennen und wahrnehmen: das Beispiel Wasser“**

Information: [merk@infostelle-peru.de](mailto:merk@infostelle-peru.de)

\* Köln

26. -28. April 2013, Jugend- und Gästehaus St. Georg

**Peru-Seminar der Informationsstelle Peru**

Information und Anmeldung: [merk@infostelle-peru.de](mailto:merk@infostelle-peru.de)

---

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

[newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und EED.